

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark.
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

Wochenblatt

Erscheint
wöchentlich 2 Mal
Dienstag und Freitag.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Mark
Eine einzelne Nummer
kostet 10 Pf.
Inseratenannahme
Montags u. Donnerstags
bis Mittag 12 Uhr.

für
Wilsdruff, Tharandt,

Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Weissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.
Einundvierzigster Jahrgang.

Nr. 88.

Freitag, den 4. November

1881.

Bekanntmachung.

Bei der heute in Plauen bei Dresden erfolgten Ermittlung des Ergebnisses der am 27. d. s. M. im VI. Königlich Sächsischen Wahlkreise stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage ist festgestellt worden, daß in diesem Wahlkreise

Herr Finanzprocurator Hofrath Ackermann in Dresden

mit 7307 Stimmen von 12953 abgegebenen gültigen Stimmen zum Abgeordneten für den Deutschen Reichstag gewählt worden ist.
Dresden, am 31. October 1881.

Der für die Reichstagswahl im VI. Wahlkreise ernannte Königliche Commissar:

Dr. Schmidt,
Amtshauptmann.

Von dem unterzeichneten Königlichen Amtsgerichte soll

den 12. November 1881

das zum Concurse des Schankwirths Carl August **Prehold** in Neutanneberg gehörige Hausgrundstück Nr. 27 des Katasters, Nr. 22 des Grund- und Hypothekensbuches für Altanneberg, welches Grundstück am 27. September 1881 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

7260 Mark

gewürdelt worden ist, nothwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Wilsdruff, am 12. October 1881.

Königliches Amtsgericht daselbst.

Dr. Gargloff.

Friedrich.

Tagesgeschichte.

Woltke's Taktik: getrennt marschiren, vereint schlagen — wurde am Tage der Wahlschlacht nur im ersten Theil, aber da in ausgebreiteter Weise befolgt. Getrennt zerstückelt ging das „einige“ Deutschland auf den Kampfplatz an die Urne; aber auch da blieben die Parteiführer noch eigensinnig, und unter diesem Zeichen wird nicht gesiegt! Bis zur letzten Stunde zeigte das Wahlfeld ein Chaos. Nirgends Ordnung und überall betäubender Lärm, nichts fertig. So mußte es kommen, daß der neue Reichstag am 27. Okt. nicht vollständig gewählt wurde; zur Hälfte werden Stich- resp. Nachwahlen erforderlich sein. Die staatsverhaltenden, die Ordnungsparteien sind weit weniger einig gegenüber den Sozialdemokraten. Zum großen Gaudium der Sozialdemokratie. Der großen Mehrzahl der Wahlkreise präsentirten sich 3-4 Bewerber; in einigen trieb man die Buntstreckigkeit sogar auf 5-6. Die gehäuftesten Kandidaturen erzeugten schädliche Verbitterung. — Doch in einer Sache ist das Volk der Deutschen einig: die zahlreichen Parteien bekämpfen nicht die äußere Politik; auch kein einziges Wahlprogramm entheilt einen schelen Blick über die Reichsgrenzen hinaus. Die Reichsregierung wird in diesem berechneten Schweigen eine Zustimmung-Adresse zu ihrer dem Frieden gewidmeten Haltung in der aufwärtigen Politik finden. Unter diesem Zeichen siegen wir. — Der Wahlkampf ist vorüber, wenigstens für den größten Theil der Wahlkreise; nur wo relative Sieger sich dem Kreuzfeuer einer Stichwahl zu unterwerfen haben, ist noch ein zweiter Kampf von Nothen. Sieg und Niederlage! Mögen die Gegner nicht als Feinde ihre Leidenschaften in die alltäglichen Berufskreise hinübertragen.

Auch in Berlin ging es am Abend und in der Nacht nach der Wahl nicht ohne Aufregung ab. Auf den Straßen, in und vor dem Central-Hotel, dem Caffee Bauer u. a. gabs viel Lärmen, Kämpfe und auch Prügel, so daß zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Sieger an der Urne ließen Löwe, Birkow u. hoch leben, die Besiegten Stöcker, Bismarck u. s. w. Die Rufe „Hepp Hepp“ und Juden raus! „Handschuhausziehen, es geht los!“ — „Haut sie nieder!“ u. s. w. wurden vielfach laut. Die „Post“ und andere Zeitungen schildern bedenklich lebendig diese Vorfälle.

Die Antifortschrittspartei in Berlin ist, wie versichert wird, fest entschlossen, bei den bevorstehenden Stichwahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, um die Wahlen der liberalen Kandidaten Noth und Trüger zu Fall zu bringen. Geheißt dies, so werden Hasenclever und Bebel mit erheblicher Majorität gewählt.

Ueber die Wahlen in Elsaß-Lothringen schreibt das „Elsaßer Journal“, das anerkannte Organ der reichsländischen Autonomisten, in einem Leitartikel d. d. Straßburg, den 29. October: „Im Ganzen tritt die aus 15 Reichstagsabg. bestehende elsass-lothr. Deputation als eine festgeschlossene Gruppe in den Reichstag, deren sämtliche Mitglieder katholisch sind oder doch unter dem Patronate „der Union“ (dem accreditirten Moniteur der Ultramontanen) gewählt wurden und von denen bloß zwei nicht der reinen Protestpartei angehören.“ Damit ist der deutschfeindliche Charakter der neuesten Wahlen ebenso genügend, wie richtig gekennzeichnet. Alle auftretenden Kandidaten der Versöhnung sind theilweise mit sehr beträchtlichen Minoritäten unterlegen. Die Autonomisten haben sich gänzlich vom politischen Schauplatz zurückgezogen, weil sie sich gegenüber der kath. Partei als an die Wand gedrückt ansehen. Ein großer Theil der eingebornen Protestanten fühlt sich wegen Maßregeln verletzt, die, wohl nicht mit Recht, als Eingriffe in die Interna der evangelischen Kirche betrachtet werden. Allgemein betrübt hat es, daß der deutschfreundlichste Kreis im ganzen Reichslande, Bayern, dessen Bevölkerung evangelisch ist, mit überwältigender Mehrheit den Fabrikanten Geldenbag wählte, der in diesem Winter ostentativ und mit wehenden Fahnen vom Autonomismus in das Protestlager zurückgekehrt ist und herausfordernde Wahlaufreife veröffentlicht hatte.

Wie wenig Liebe für das Tabakmonopol unter den elsässischen Tabakpflanzern, welche die Segnungen des französischen Monopols kennen gelernt haben, vorhanden ist, beweist eine Korrespondenz in der „Union“, in welcher sich „Ein Tabakpflanzler im Namen vieler“ darüber beschwert, daß einige elsässische Reichstagskandidaten sich für das Monopol aussprechen, ohne zuvor sich bei den Pflanzern erkundigt zu haben, ob diese überhaupt das Monopol wünschten. „Ist es denn nicht schon genug“, fragt er, „daß man uns vorschreibt, wie viele Blätter wir unter Vermeidung einer Strafe zu liefern haben? Ist es noch nicht genug, wenn der Tabakpflanzler, der jahrein und jahraus mit diesem Gewächs die größten Mühen hat, sich nicht einmal von seinem eignen Gewächs gemüthlich und ruhig ein Pfeifchen andrennen darf, ohne vorher die paar Blätter zur Verwiegungstelle gebracht zu haben, um dafür Steuern zu entrichten? Wünschen diese Herren für ihre Wähler die schönen Zeiten herbei, wo dieselben der Willkür mancher Pflanzers den Weg zum Düngerhaufen antreten würde, ohne daß demselben die kleinste Entschädigung zukäme? — Seit der Abschaffung des Monopols verkaufen wir unsere Waare, wann und an wen wir wollen, und waren die seither erzielten Preise immer befriedigend, ja meist gut. Wir wünschen deshalb keineswegs das Monopol. Wir wollen bei dem nun einmal eingeführten bleiben und hoffen, daß der erwähnte Kandidat unseres Kreises mit aller Energie gegen dessen Einführung kämpfen wird. — Lassen wir einmal dem neuen Gesetz wenigstens einige Jahre das Leben, um seine Lebenskraft zu erproben, lassen wir zunächst die volle Besteuerung eintreten, um dann zu sehen, wie sich die Sache gestaltet.“

Berlin. Wie es heißt, gedenkt der Reichskanzler Fürst Bismarck im Laufe dieser Woche von Barzin hierher zurückzukehren und die Geschäfte wieder zu übernehmen. Es handelt sich darum, den Termin für die Einberufung des Reichstages festzustellen, Anordnungen wegen Vorname der Stichwahlen zu treffen und das Penum für den Reichstag zu bestimmen. Die Wahlen haben die Situation nicht unwesentlich verändert; will die Reichsregierung mit dem neuen Reichstage sich verständigen, so müssen die Vorbedingungen hierzu geschaffen werden, und das Alles macht die Anwesenheit des ersten Reichsbeamten nöthig.

Es heißt, daß der Reichstag zum 21. November einberufen werden wird. Demselben wird außer dem Reichshaushaltsetat pro 1882/83 die bereits seit längerer Zeit vom Bundesrath genehmigte Vorlage wegen des Reichszuschusses zu den Kosten für den Hamburger Zollanschluss zur Genehmigung unterbreitet werden.

Wir leben in einer Zeit der Ueberraschungen. Vor wenigen Wochen erst klagte Papst Leo XIII. das Haus Savoyen des Raubes an, begangen am Papstthume, und heute erhalten wir die Nachricht, daß trotz alledem in Wien zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem König Humbert von Italien Fragen erörtert worden sind, welche der päpstlichen Kurie sehr nahe gehen. Es wird uns versichert, daß in dieser Beziehung die Dinge sehr weit gefördert worden sind, und daß es gar nicht mehr zu den Unmöglichkeitlichkeiten gehören könnte, wenn in kurzer Zeit zwischen Italien und dem Papstthume ein modus vivendi zu Stande käme. Nicht ganz unbetheiligt bei dieser Affaire erscheint die — deutsche Regierung.

Graudenz, 1. November. Heute früh 7 Uhr fand zwischen Czerniewitz und Warlubien ein Zusammenstoß des von Dirschau kommenden Personenzuges mit einem von Bromberg kommenden Güterzuge statt. Dem einen der Lokomotivführer wurden die Beine zerquetscht, ein Schaffner wurde getödtet, mehrere Personen verwundet. Die Strecke ist gesperrt.

Washington, 31. October. Gestern erschien ein offenbar geistesgestörter Mensch, der einen Revolver mit 7 Schüssen bei sich führte, vor dem Weißen Hause und verlangte Einlaß in dasselbe; es gelang erst nach heftigem Kampfe, sich desselben zu bemächtigen